

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	10. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	27. April 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

10.

**Punkt 8 der Tagesordnung: Interfraktioneller Antrag der Stadträtinnen Bettina Lisbach und Dr. Dorothea Polle-Holl, des Stadtrats Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, der Stadträtinnen Doris Baitinger und Angela Geiger, des Stadtrats Jürgen Marin (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 9. März 2010:
Konzeption für kommunale Pflegeeinrichtungen - Neue Landesheimbauverordnung**

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 8, Vorlage Nr. 356, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Der vorliegende interfraktionelle Antrag sollte zwei Funktionen erfüllen:

1. Bewusstsein, auch öffentliches Bewusstsein, schaffen für die Herausforderungen des demografischen Wandels, die sich auch auf der kommunalen Ebene vollziehen.
2. Einen aktuellen Informationsstand erreichen, auf dessen Grundlage wir hier die notwendigen Entscheidungen treffen können.

Ich danke den mit der Beantwortung des Antrags beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, denn der Fragenkatalog war umfangreich.

Die Landesheimbauverordnung wurde im September letzten Jahres angepasst, weil wir immer mehr Menschen haben werden, die ein sehr hohes Alter erreichen werden. Das ist erst einmal eine gute Nachricht. Wir werden künftig wieder mehr Urgroßmütter und Urgroßväter haben. Jetzt liegt es an uns, dafür Sorge zu tragen, dass die Chancen des demografischen Wandels genutzt werden und wir wegkommen von der Stigmatisierung des Alters als gesellschaftliche Last.

Unser Ziel muss es sein, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger möglichst lange ein möglichst selbstbestimmtes Leben haben. Dieses bedeutet für uns, die Grundlage dafür zu schaffen, dass in einem engmaschigen Netz dezentrale Hilfsleistungen für ältere Menschen angeboten werden können. Diesem Ziel sollten wir uns in erster Linie verpflichtet fühlen, weil Würde und Autarkie zusammengehören. Ein netter Nebeneffekt ist die Stärkung des Dienstleistungssektors in Karlsruhe und damit verbunden eine wirtschaftliche Stärkung unserer Stadt. Dazu gehört aber auch, in unseren Bemühungen für eine gute Nahversorgung nicht nachzulassen, denn auch der wohnortnahe Einkauf und die ärztliche Versorgung sorgen dafür, dass Menschen lang an dem Ort verweilen können, an dem ihr Herz häufig hängt.

Die Menschen, die auf stationäre Hilfeleistungen angewiesen sind, sollen von uns auch die bestmögliche Unterstützung erwarten dürfen. Die Pflegeeinrichtungen der Heimstiftung und der Karl Friedrich-, Leopold- und Sophienstiftung, für die die Stadt besondere Verantwortung trägt, sollen entsprechend der Antwort der Stadtverwaltung, sobald wirtschaftlich darstellbar, den Anforderungen der Landesheimbauverordnung angepasst werden.

Bei den ergänzenden Leistungen nach SGB XII bin ich nicht ganz so optimistisch wie die Stadtverwaltung. Ich fürchte, momentan sind die Pflegesätze in dem Maße steigerbar, wie es aufgrund des demografischen Wandels notwendig wäre. Hier ist der Schulterschluss der kommunalen Ebene sehr wichtig. Ich möchte auch Sie, Herr Oberbürgermeister, darum bitten, in den kommunalen Spitzengremien den Vorschlag zu machen und im Schulterschluss mit Ihren Amtskollegen dafür zu sorgen, dass auf Bundes- und Landesebene die entsprechenden Entscheidungen auch getroffen werden, dass eine ausreichende Finanzausstattung in den sozialen Siche-

nungssystemen vorhanden ist. Die gleiche Bitte wende ich auch an Herrn Golombeck und Herrn Wellenreuther, die heute auch da sind, in Bezug auf die Bundesebene.

Zudem werden wir auch zukünftig gerade bei Frauen einen höheren Anteil an Altersarmut wegen unterbrochener Erwerbsbiografien und mangelnder Berücksichtigung von Familienarbeit haben. Mit dem Altern der Babyboomer wird dieses Phänomen zunehmend Auswirkungen auf uns haben.

Die GRÜNE-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Bemühungen um eine Stärkung des Ehrenamtes - nicht als Ersatz, sondern als wichtige Ergänzung zur staatlichen Verpflichtung. Hier sollten wir unterstützen, wo es nur geht, denn Ehrenamt hat auch die nette Eigenschaft, die Ehrenamtlichen fit zu halten. Eine Anspruchshaltung im Sinne "Jetzt macht doch alle Ehrenamt", dürfen wir dabei nicht haben. Das wurde beim BELA-3- "Bürgerengagement für Lebensqualität im Alter" -Treffen vor kurzem im Stephansaal deutlich, wo ich gerne noch mehr Kolleginnen und Kollegen gesehen hätte, um ehrlich zu sein.

(Unruhe)

Hier sollten wir unterstützen, wo es geht. Das heißt für mich auch, bei den freiwilligen Leistungen darauf zu achten, dort, wo Mehrwert generiert wird, nicht unbedacht zu kürzen. Wir freuen uns sehr auf die Beratung im Sozialausschuss und sagen gerne zu, aktiv und mit vollem Einsatz an den Verbesserungen unserer kommunalen Rahmenbedingungen für ein würdevolles und selbstbestimmtes Altern mitzuwirken.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Geiger (SPD): Im Arbeitsausschuss „Ältere Generationen“ wurden wichtige Fragen wie die künftigen Voraussetzungen für Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige aufgeworfen und mit den dort mitarbeitenden Fachleuten der Pflegekassen, Heime und Verantwortlichen der Sozial- und Jugendbehörde diskutiert. Diese Diskussion ist Grundlage für diesen Antrag, denn die Eckpunkte der kommunalen Sozialpolitik für die ältere Generation können naturgemäß die Detailfragen der Pflege nur als einen, wenn auch wichtigen Aspekt streifen. Deshalb war es uns wichtig,

dass der Gemeinderat dem Sozialausschuss den Auftrag erteilt, über eine Konzeption der kommunalen Pflegeeinrichtungen nach den Bedingungen der neuen Landesheimbauverordnung zu diskutieren.

Es wichtig darüber zu reden, wie die Mehrkosten, die durch die Auflagen der Heimbaumindestverordnung auf Pflegeeinrichtungen zukommen, refinanziert werden können. Welche Mittel die Sozialbehörde für stationäre Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch XII bereitstellen muss, wie häusliche Pflege künftig zu organisieren und zu finanzieren sein wird, wie die Stadt Karlsruhe die Pflegeheimsteuerung organisiert und viele weitere Detailfragen sind zu diskutieren. Beispielsweise kann es nicht sein, dass die Anforderungen für Pflege durch Gesetze immer weiter ausgebaut werden, ohne die Frage der Ausbildung der Pflegekräfte und die Finanzierung der Heime und des notwendigen Personals zu regeln.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Pflegekassen, der KVJS und die Kommune einerseits niedrige Pflegesätze fordern und andererseits auf die entstehenden Mehrkosten durch Anforderungen, ob im investiven oder personellen Bereich, von Pflegeheimen nicht eingehen. Wir alle wollen, wenn nötig, menschenwürdig und optimal gepflegt werden. Der demografische Wandel trägt dazu bei, dass künftig die professionelle Pflege immer mehr ausgeweitet werden muss. Das kostet Geld, das viele Menschen nicht haben, sei es bedingt durch Brüche in der eigenen Biografie oder durch andere negative Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wenn die Gesellschaft insgesamt älter wird, die pflegenden Angehörigen nicht oder nicht mehr vorhanden sind, müssen Staat, Land und Kommune für Bedingungen sorgen, dass alte Menschen in Würde ihr Leben vollenden können. Das ist die vornehmste aller Aufgaben einer Gemeinschaft.

Dies alles ist im Sozialausschuss zu diskutieren und die Verwaltung bei der Umsetzung aufmerksam zu begleiten durch den Gemeinderat.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Wiedemann (CDU): Die CDU-Fraktion freut sich auf den Bericht der Verwaltung im Sozialausschuss. Wir freuen uns auf eine gute, fruchtbare Diskussion.

Aber zwei, drei Anmerkungen möchte ich hier doch loswerden. Die Qualität eines Pflegeheimes ist nicht abhängig von einem Ein- oder Zwei-Bett-Zimmer, sondern die Qualität ist abhängig von einem Konzept, das das Pflegeheim anbietet, und vom qualifizierten und engagierten Personal.

Das Ziel, das hier angefordert wird, dass die Menschen in Würde altern können und versorgt werden, ist längst im Pflegeversicherungsgesetz 1994 artikuliert. Was hier gefordert wird, ist eigentlich schon gemacht. Ich denke, wir sollten vielleicht auch nicht ganz außer Acht lassen, dass durch diese Auflagen, die Ein-Bett-Zimmer und die Nichtmehrbelegung in Zwei-Bett-Zimmern, mit der Vergabeverordnung der Stadt Karlsruhe es zu einer Wettbewerbsverzerrung führen wird, die den privaten Anbietern vielleicht nicht unbedingt zum Vorteil sein wird. Ich bitte zu beachten, falls hier zu sehr auf diese Belegung Wert gelegt wird, dass es vielleicht passieren könnte, dass private Pflegeheime in die Insolvenz gehen. Dann stehen wir wieder da. Uns fehlen die Plätze und wir müssen dafür sorgen. Ich bitte darum, etwas mehr Offenheit und Weite weiterwirken zu lassen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Golombeck (FDP): Ein zentral wichtiger Punkt ist, dass die klassische Heimunterbringung aufgrund der Bevölkerungsentwicklung großen Veränderungen ausgesetzt ist.

Mit der steigenden Lebenserwartung geht die Notwendigkeit einher, ein menschenwürdiges Leben zu sichern und die staatlichen Sozialsysteme an den demografischen Wandel anzupassen. Angebote wie ambulante Pflege, Pflege zuhause oder auch gemeinschaftliche Wohnprojekte für Seniorinnen und Senioren zeigen, dass die klassische Frage Ein-Bett-Zimmer oder nicht, nicht die Hauptrolle spielt. Trotzdem muss sie natürlich im Rahmen der Pflegeverordnung beachtet werden. Es müssen Wohn- und Betreuungsformen zur Verfügung stehen, die an den Bedürfnissen

der Pflegebedürftigkeit orientiert sind, wie z. B. Wohngemeinschaften für Demenzkranke. Alle Menschen sollen so lange wie möglich ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Es entbindet sie aber nicht davon, in Eigenverantwortung und Eigeninitiative für eine finanzielle Absicherung im Fall eines Pflegerisikos Vorsorge zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Der Beitrag der Karlsruher Liste ist in A und B gegliedert. A ist Ärger, und zwar Ärger darüber, dass nach unserer Meinung dieser Antrag eigentlich eher eine Anfrage ist. In dieser Anfrage wurden Fragen gestellt, die beantwortet wurden in aller Ausführlichkeit und die dann im nächsten oder übernächsten Sozialausschuss Grundlage der Diskussion sind. Das war A wie Ärger.

B heißt Brisanz. Wenn ich mir den Antrag durchlese, finde unter Punkt 2 e etwas, wo ich denke, da genau ist die Brisanz drin, wenn Sozialhilfebedürftigkeit bzw. Inanspruchnahme kommunaler Mittel und Pflegebedürftigkeit zusammentreffen. Dann kommt dieses Steuerungsinstrument der Verwaltung, Pflegeheime auszusuchen. Es gibt verschiedene Kriterien, aber ein Kriterium ist auch der Preis. Da, denke ich, ist es die Aufgabe von uns als Gemeinderat, von Seiten der Politik darauf zu achten, dass nicht der Preis im Vordergrund steht. Es ist die Aufgabe der Verwaltung, sehr sensibel zu sein und immer im Blick zu haben, dass die Politik mit Argusaugen schaut. Hier ist etwas, wo wir weiterarbeiten müssen, wo wir im nächsten Sozialausschuss auch sicher noch weiter darüber diskutieren. Aber genau das ist der Punkt, der sensibel behandelt und immer wieder angepackt werden muss.

(Beifall bei der KAL)

Der Vorsitzende: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen - und habe auch niemanden übersehen. Wir haben Ihnen gesagt, dass wir den Bericht erstellen und dann im Sozialausschuss vorlegen, um ihn dann zu beraten. Sie sind damit einverstanden. Ich schaue die Antragsteller an. - Vielen Dank.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Weiterbehandlung im Sozialausschuss

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Sozial- und Jugendbehörde
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
10. Juni 2010